Antrag Entscheidendes Gremium: **Bürgerschaft**	Datum: 14.11.2019

Vorsitzende der Fraktionen DIE LINKE.PARTEI, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD
Unterstützung alternativer Wohnformen und Wohnprojekte

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Zuständigkeit
16.01.2020	Ausschuss für Stadt- und Regionalentwicklung, Umwelt und Ordnung	Vorberatung
22.01.2020	Bürgerschaft	Entscheidung

Beschlussvorschlag:
Der Oberbürgermeister wird beauftragt, der Bürgerschaft einen Vorschlag zu unterbreiten, wie alternative Wohnprojekte und Wohnformen personell und strukturell in der Verwaltung unterstützt werden können.
Im Vorfeld sind mögliche Zielgruppen für alternative Wohnprojekte und ihre Anforderungen zu definieren. Die WIRO ist aufgrund ihrer wohnungswirtschaftlichen Expertise einzubeziehen, ebenso der Arbeitskreis Wohnprojekte des Agenda 21-Rates. Die Bürgerschaft soll bis April 2020 über die geplante Umsetzung informiert werden.

Sachverhalt:
Die Debatte zur Einrichtung eines Wagenplatzes in Rostock hat gezeigt, dass innerhalb der Verwaltung fest verankerte Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner fehlen, die über Kenntnisse zu alternativen Wohnformen und -projekten verfügen. Ein Bewusstsein, dass solche Wohnformen in einer wachsenden Hanse- und Universitätsstadt erforderlich sind, ist kaum vorhanden. Dabei verändert der demographische und gesellschaftliche Wandel wohnraumbezogene Bedürfnisse und Bedarfe. Beispielsweise entstehen vielerorts Wohnprojekte, die selbstorganisiert sind und ihren Mieterinnen und Mietern mehr Einflussnahme ermöglichen.
Alternative Wohnformen zu unterstützen, ist eine klassische Querschnittsaufgabe. Mehrere Ämter wären beteiligt, sowie der Agenda21-Rat und andere Einrichtungen sowie Gremien der Stadt. Die Verwaltung kann selbst am ehesten einschätzen, an welcher Stelle eine Beratungsstelle, bzw. fest verankerte Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner geeignet wären.

gez. Eva-Maria Kröger
Fraktion DIE LINKE.PARTEI

gez. Uwe Flachsmeyer
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

gez. Steffen Wandschneider-Kastell
Fraktion der SPD